



#SOZIALERFORTSCHRITT: FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN

von Thomas Kutschaty

Foto: © Mirko Raatz

In diesem Sommer war ich auf Respekt-Tour durch NRW. Was ich dort gesehen und gehört habe, hat mich oft gefreut, vieles hat mich sogar begeistert. Allerdings hat mich auch vieles sehr bedrückt.

Ich habe einen Paketboten getroffen, der gerade einmal auf einen realen Lohn von fünf Euro die Stunde kam – brutto. Ich habe eine Putzfrau in einem Krankenhaus getroffen, die 200 Quadratmeter Patientenzimmer in der Stunde reinigen muss! Das schafft kein Mensch. Und weil das so ist, wird keine Reinigungskraft mehr in Vollzeit angestellt. Nur noch Teilzeitkräfte! Im gleichen Krankenhaus habe ich Küchenarbeiter getroffen, die Essen für die Patienten zusammenstellen müssen. Pro Tablett haben sie fünf Sekunden. Fünf Sekunden, um jedes Essen für jeden Patienten mit seinen Erkrankungen, Unverträglichkeiten und Allergien abzugleichen. Mit allen Konsequenzen, die das für die Gesundheit und das Leben der Patientinnen und Patienten haben kann! Gerade die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich zeigen, dass der Markt eben nicht alles regelt. In manchen Bereichen muss der Markt geregelt werden. Viele Menschen spüren jeden Tag dieses Marktversagen!

Die Verteilungsfrage ist zurück: Es ist nicht genügend für alle da.

Gute Arbeitsplätze in der Industrie und Wirtschaft gehen gerade verloren. Bayer, ThyssenKrupp, Kaufhof, Karstadt und Siemens bauen gerade insgesamt mehrere tausend Arbeitsplätze vor allem auch in NRW ab. Gerade Industriefacharbeiter fürchten, dass die digitale und ökologische Revolution ihre Arbeitsplätze gefährdet. Daneben entstehen immer mehr Arbeitsplätze mit Zeitverträgen und im prekären Bereich. In unseren Groß-

städten sind die Mieten so stark gestiegen, dass sich nicht nur Geringverdiener, sondern auch Menschen mit durchschnittlichem Einkommen das Leben in ihrer Heimat nicht mehr leisten können. In Köln hat mittlerweile jeder zweite Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Viele Eltern nehmen wahr, dass gute Bildung ein knappes Gut geworden ist. Es ist nicht genügend für alle da. In den Schulen prägen Lehrermangel, schlechte Ausstattung und veraltetes Material insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen das Bild. Mit anderen Worten: Die Verteilungsfrage ist zurück! Darüber müssen wir dringend reden.

Es ist Zeit für einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen

Wir reden zurzeit sehr viel über Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel. Völlig zu Recht. Aber über ein Problem sprechen wir viel zu selten. Und das, obwohl es genauso drängt und nach Antworten verlangt. Ich meine die soziale Ungleichheit in unserem Land. Sie betrifft nicht nur die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, sondern auch Lebens- und Bildungschancen, nicht zuletzt die politische und kulturelle Teilhabe an demokratischer Mitbestimmung.

Es gibt Millionen Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die trotz der guten wirtschaftlichen Lage nicht das Gefühl haben, dass sie ihren fairen Anteil bekommen. Im Gegenteil. Ihrer harten Arbeit zum Trotz



müssen sie miterleben, wie ihnen die materielle Anerkennung vorenthalten wird, die sie verdient haben. Dabei sind sie die Vielen in unserer Gesellschaft – mit vielen gemeinsamen Interessen. Es ist deshalb Zeit für einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen.

Faire Löhne, bezahlbares Wohnen

Deutschland leistet sich nach Großbritannien den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa. Wir brauchen deshalb sofort den Mindestlohn von zwölf Euro. Ansonsten werden unsere Sozialsysteme nicht mehr lange standhalten. Das sieht auch NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann so. Er kann sich in seiner CDU aber nicht durchsetzen.

Wir müssen den Wohnungsbau so fördern, dass auch Normal- und Geringverdiener auf dem Wohnungsmarkt eine Chance haben. Das geht nur mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und der massiven Förderung von sozialem Wohnungsbau. Hierfür muss das im Landeshaushalt bereitgestellte Geld drastisch erhöht werden. Aber seit CDU und FDP in NRW regieren, ist die Zahl der pro Jahr neu dazugekommenen Wohnungen mit Mietpreisbindung um 34 Prozent gesunken.

In Bildung investieren, Kommunen entlasten

Jede Schule muss wieder eine Talentschule sein! Dafür brauchen wir endlich einen schulscharfen Sozialindex, mit dem die Lehrkräfte verstärkt dort zum Einsatz kommen,

wo viele Kinder aus armen Familien leben, wo es soziale Spannungen gibt und wo Kinder Sprachprobleme haben. Aber die nordrhein-westfälische Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP) plant nur mit 60 Talentschulen. Das ist gerade einmal ein Prozent unserer Schulen – ein Offenbarungseid!

Auch müssen wir unsere Kommunen endlich von den Altschulden befreien. Die Städte und Gemeinden werden diese Schulden niemals alleine bezahlen können. Dafür haben Bund und Land den Kommunen in den zurückliegenden Jahrzehnten zu viel abverlangt, gerade in den Regionen, denen es zuletzt nicht so gut ging. In NRW haben unsere Städte und Gemeinden seit 1991 fast 20 Milliarden Euro Solidaritätszuschlag gezahlt. Aber wo ist die Solidarität mit ihnen?

Solidarität ist die Grundlage für Sozialen Fortschritt. Denn #FairGehtMehr. Wir müssen in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft dafür sorgen, dass wir wieder #ZusammenWachsen. Jeder Mensch in diesem Land muss die Botschaft hören: #DuBistEsWert!

Ob Mieten, Arbeitnehmerrechte, Umwelt- oder Chancengerechtigkeit – so wie es heute läuft, kann es nicht bleiben! Wir stellen uns gegen das Weiter-so einer Politik der Spaltung. ■

UNSER AUFTRAG LAUTET: FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN.

KRITISCHE ZWISCHENBILANZ DER SCHWARZ-GELBEN LANDESREGIERUNG

Ende 2019 ist die schwarz-gelbe Landesregierung seit zweieinhalb Jahren im Amt. Dann ist Halbzeit für Armin Laschet. Der CDU-Ministerpräsident ist mit einer Reihe von Versprechungen gestartet, nachdem er im Wahlkampf das Land regelrecht schlecht geredet hat. Was ist aus den vollmundigen Versprechen geworden? Was

hat die Landesregierung aus den guten Startbedingungen und den sprudelnden Rekord-Steuererinnahmen gemacht? Leider nichts!

Unsere Gesellschaft ist zurzeit großem Stress ausgesetzt – das merken wir kulturell, das merken wir auch ökonomisch. Die Schere zwischen Arm und Reich in unse-

rem Land wird immer größer. Die Angriffe von Rechts auf unser offenes und freies Zusammenleben werden häufiger.

Wer die Zukunft demokratisch gestalten will, muss dafür in der Gegenwart Akzeptanz schaffen und darf keinen Keil in unsere Gesellschaft treiben. Wir stehen deshalb für eine gesamtgesellschaftliche, verantwortungsvolle Politik: Damit zusammenbleibt, was zusammengehört.

Wir stehen für sozialen Fortschritt. Für die Vielen, nicht die Wenigen.

FÜR DIE WENIGEN

FÜR DIE VIELEN

GESONDERTE SCHULEN FÜR WENIGE STATT GUTER BILDUNGSPOLITIK FÜR VIELE

- Schulen in einkommensschwachen Stadtteilen bekommen keine faire Unterstützung
- Lehrermangel erreicht Höchststände
- Nur 58 % der ausgeschriebenen Stellen konnten besetzt werden (2019)
- Keine Unterrichtsgarantie
- Kein Fortschritt bei der Betreuungsqualität im offenen Ganztags

SCHON BEI DEN KLEINKINDERN BEGINNT DIE UNGLEICHHEIT

- Erzieherinnen und Erzieher werden im Regen stehen gelassen
- Gefährdung der Trägervielfalt
- Flickenteppich bei den KiTa-Beiträgen
- Umstrittene Kinderpauschale
- Keine Verbesserung der Betreuungsqualität
- Minister nimmt noch nicht einmal die 80.000 Unterschriften einer Petition an

MIT CDU UND FDP GEHT DER SOZIALE WOHNUNGSBAU IN DEN KELLER

- 2016: Unter der SPD 9.301 Wohnungen
 - 2017: Unter CDU/FDP 7.230 Wohnungen
 - 2018: Unter CDU/FDP 6.159 Wohnungen
- Das bedeutet einen dramatischen Rückgang von ca. 34% in nur 2 Jahren.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG – UNABHÄNGIG VON DER HERKUNFT

- + Schulscharfer Sozialindex – mehr Lehrer in einkommensschwachen Gebieten
- + Erfolgsmodell Offener Ganztags ausbauen
- + Qualitätsstandards für gutes und gesundes Essen in KiTas und Schulen
- + A13 für alle gegen Lehrermangel

KINDER UND FAMILIEN STARK MACHEN

- + Erzieherinnen und Erzieher entlasten
- + Vollständige Abschaffung der KiTa-Gebühren
- + KiTa-Förderung neu regeln – weg von der Kinderpauschale
- + Kinderarmut bekämpfen, Kindergrundsicherung einführen
- + Alleinerziehende besser unterstützen

WIR WOLLEN WOHNEN BEZAHLBAR MACHEN

- + Mehr mietpreisgebundenen Wohnungsbau schaffen
- + Klare Regeln für Vermietungen von Ferienwohnungen in Städten
- + Zukunftsgerichtetes Bauen fördern
- + Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
- + Städtische Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften besser fördern



Michaela Peer (r.) mit Elfi Scho-Antwerpes, 1. Bürgermeisterin der Stadt Köln

Wofür engagieren sich Parteimitglieder eigentlich in ihrer Freizeit? Wir haben mit Michaela Peer gesprochen, die in diesem Jahr das Bundesverdienstkreuz am Bande für ihr ehrenamtliches Engagement im Verein „Nephrokids“ bekommen hat.

Michaela, du bist Geschäftsführerin der Nephrokids Nordrhein-Westfalen e. V. Was macht ihr genau?

„Nephro“ ist eine Abkürzung und steht für die Nephrologie – dem medizinischen Fachbereich, der sich mit Nierenerkran-

OHNE EHRENAMT IST UNSERE GESELLSCHAFT NICHT ZUKUNFTSFÄHIG

kungen beschäftigt. Unser Verein kümmert sich um Kinder und Jugendliche, die erkrankt sind, und um deren Familien.

Wie kam es, dass du dich in dem Verein engagierst?

Uns gibt es mittlerweile seit knapp 30 Jahren; ich selbst bin seit 18 Jahren dabei. Klassisch gesehen, sind wir eine Selbsthilfegruppe. Von dem Begriff haben wir uns aber gelöst, da das Wort „Selbsthilfegruppe“ mitunter befremdlich wirkt. Den Verein habe ich kennengelernt, weil eines meiner Kinder von einer chronischen Nierenerkrankung betroffen ist. Damals wurde gerade nach Eltern gesucht, die sich engagieren möchten. So bin ich dazu gekommen.

Worum geht es bei eurer Arbeit?

Zunächst natürlich um die Kinder und Jugendlichen, die erkrankt sind, aber auch um ihre Familien. Ein Krankheitsfall in der Familie betrifft alle, auch die Geschwisterkinder. Das kann eine große psychische Belastung sein. Die Kinder und Jugendlichen müssen alle drei Tage zur Dialyse – egal, ob gerade ein Feiertag, ein Geburtstag oder

eine Klassenfahrt ansteht, auf die unsere Kinder meistens nicht mitfahren können. Das funktioniert nur, wenn sie von einem Elternteil begleitet werden, der garantiert, dass die medizinische und pflegerische Versorgung gewährleistet ist. Daher organisieren wir Freizeiten, bei denen medizinisches Personal mitfährt, damit die Kinder und Jugendlichen auch mal etwas ohne ihre Eltern unternehmen können, aber natürlich auch Projekte auf Station. Dazu gehören unsere rollende Bücherei, die Musiktherapie und natürlich machen wir Ausflüge, um die Familien aus dem Krankheitsalltag herauszuholen und allen gemeinsam ein positives Erlebnis zu bieten. Das ist wichtig für den familiären Zusammenhalt. Wir setzen uns auch für die Organspende ein; wir informieren und klären darüber auf.

Gibt es etwas, was dich bei deiner Arbeit besonders berührt?

Wie sehr diese Kinder kämpfen können und wie fröhlich sie dabei sind, ganz anders als viele erwachsene Patienten, die oft mit ihrem Schicksal hadern. Aber auch die Geschwisterkinder, denn sie entwickeln oft eine unglaublich hohe soziale Kompetenz und ein hohes Empathielevel.

Wenn du dir politisch etwas wünschen könntest, was wäre das?

Ohne das Ehrenamt ist unsere Gesellschaft absolut nicht zukunftsfähig. Ehrenamtlich Tätige investieren freiwillig sehr viel Zeit für ihr Engagement. Ich fände es richtig gut, wenn man, wie in der Pflege, auch beim Ehrenamt ab einem gewissen zeitlichen Engagement Rentenpunkte sammeln könnte. Das würde sicher dabei helfen, Nachwuchs in vielen Vereinen zu finden. Zugleich würde es ein deutliches Zeichen setzen, dass die Gesellschaft Ehrenamt und Menschen, die sich mit Herz und Verstand gesellschaftlich einsetzen, würdigt. Das brennt mir schon sehr auf der Seele und ändert auch. ■

3 MAL KURZ UND KNAPP

mit Jannik Berbalk



Foto © NRWSPD

Jannik Berbalk ist 20 Jahre alt und Sprecher von Fridays for Future im Kreis Kleve. Seine Freizeit widmet der Abiturient fast ausschließlich dem Klimaschutz. Im November ist er in die SPD eingetreten. Warum er sich nun auch parteipolitisch engagieren möchte, hat er uns im Interview erzählt.

Du bist in deiner Heimat ein bekanntes Gesicht – als Mitbegründer von Fridays for Future vor Ort und nun als Sprecher für den gesamten Kreis Kleve. Wie hat dein umweltpolitisches Engagement angefangen?

Jannik: Ich bin eine Zeit lang viel gependelt und habe im Sommer 2018 vom Zug aus die völlig vertrockneten und toten Felder gesehen. Da habe ich gemerkt: Hier stimmt etwas nicht. Ich war bei den Protesten im Hambacher Forst dabei, dann

erschien plötzlich Greta Thunberg auf der Bildfläche und hat uns allen gezeigt, was man als Einzelperson erreichen kann. Ich bin zu den ersten Fridays-for-Future-Demos nach Düsseldorf gefahren und habe dann über WhatsApp eine Fridays-for-Future-Gruppe in meiner Heimat mitgegründet. Wir waren bei unserer ersten Demo rund 300 Leute, beim großen Klimastreik am 20. September waren es schließlich 4.500.

Was hat dich motiviert, neben deinem Engagement bei Fridays for Future nun auch bei der SPD aktiv zu werden?

Jannik: Ich habe die SPD für viele Entscheidungen gerade auf Bundesebene kritisiert. Mit dem Klimapaket bin ich insgesamt nicht wirklich zufrieden, auch wenn da einige gute Punkte drinstecken. Viele waren deshalb überrascht, dass ich in die SPD eingetreten bin. Aber gerade vor Ort merke ich, dass man mit der SPD viel bewegen kann. Denn der große Vorteil der SPD ist, dass sie noch die großen Strukturen einer Volkspartei hat. Sie steht in der Wählergunst nicht mehr so gut da, aber die Aktiven vor Ort haben teils 20, 30 oder 40 Jahre Erfahrung und es gibt feste Strukturen. Das heißt für mich: Ich kann mit der SPD arbeiten, hier kann ich Dinge durchsetzen. Das hat bei den Linken, bei denen ich vorher aktiv war, überhaupt nicht funktioniert.

Viele würden vielleicht erwarten, dass du dich eher mit den Grünen identifizierst. Warum ist die SPD aus deiner Sicht die richtige Partei auch für Klimaaktivisten?

Jannik: Die Grünen haben nicht kapiert, dass Fridays for Future nicht ihre Bewegung ist. Und aus meiner Sicht machen die Grünen einen entscheidenden Fehler: Sie denken den sozialen Aspekt der Klimapolitik nicht mit. Was ist mit Leuten wie mir, die nicht so viel Geld haben? Menschen mit geringem Einkommen dürfen nicht noch stärker belastet werden. Sie können sich kein E-Auto kaufen oder sich kein Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) leisten. Man darf den Menschen, die eh schon wenig haben, nicht mit hohen CO₂-Steuern in den Rücken fallen. Mir geht es um Klimagerechtigkeit. Darum, dass Menschen mit hohem Einkommen auch mehr für den Klimaschutz beisteuern. Ich glaube, dass die SPD die Partei ist, die eine sozial gerechte Klimapolitik durchsetzen kann. Mit den neuen Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken gilt das erst recht. Mit ihnen ist die SPD für Fridays for Future wieder attraktiv geworden. ■

JETZT SCHON VORMERKEN:

Landesparteitag der NRWSPD am 16. Mai 2020

IMPRESSUM

Herausgeber Nadja Lüders, SPD-Landesverband NRW
Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf

Redaktion Yvonne Reißig, Astrid Mohr, Christiane Spittel

E-Mail vorwaerts@nrwspd.de

Internet www.nrwspd.de